

# Nationaler Ärzteprotesttag in Bamberg

Wie auch bei den vergangenen Ärzteprotesttagen wurden die Aktionen am 19. Mai 2006 in der Region Bamberg ebenfalls vom Ärztlichen Kreisverband (ÄKV) Bamberg organisiert. Im Vorfeld erschienen mehrere Artikel in der Lokalpresse, die die dramatische Lage der Hausärzte, der Fachärzte und der Assistenzärzte in den Krankenhäusern dargestellt hatten.

Am Nationalen Protesttag selbst wurden in einem Beitrag des ÄKV Bamberg in der Lokalpresse den Lesern noch einmal die Hintergründe des Streiktages erläutert und der organisierte Notdienst erklärt.

Zwei Drittel der Praxen in der Region blieben geschlossen, ein Drittel hatte den organisierten Notdienst übernommen. Delegationen der Bamberger Ärzteschaft beteiligten sich an den zentralen Protestdemonstrationen in Köln, Stuttgart und natürlich in Berlin. In der Fußgängerzone in Bamberg war unter Leitung des zweiten Vorsitzenden, Dr. Franz Pichler, ein Informationsstand aufgebaut worden, der rege von der Bevölkerung angenommen wurde. Hier und in den Praxen wurden auch mehrere 1000 Protestunterschriften gesammelt, die an die Bundeskanzlerin Angela Merkel geschickt wurden. Franz Pichler wurde am Info-Stand vom Regionalfernsehen interviewt. Der Beitrag lief zur besten Sendezeit und die zentralen Forderungen der Ärzteschaft konnten ungekürzt wiedergegeben werden.

Im Rahmen des „Nationalen Ärzteprotesttages“ hatte der ÄKV Bamberg am darauf folgenden Samstag, dem 20. Mai 2006, die Bundestagsabgeordneten der Region, Karl-Theodor zu Guttenberg und Thomas Silberhorn (beide CSU) zu einem Informationsgespräch geladen. An dem Treffen nahmen neben den Abgeordneten und den Vorsitzenden des ÄKV Bamberg ca. 20 Kollegen teil. Dabei handelte es sich um die Obleute der einzelnen Facharztgruppen, die Sprecher der hausärztlichen Notfallgruppen und einen Vertreter der Assistenzärzte aus dem Klinikum Bamberg.

Zu Beginn wurden in einer Powerpoint-gestützten Präsentation den Abgeordneten die Probleme der Ärzteschaft mit dem gegenwärtigen Gesundheitssystem erläutert:



Dr. Hubert Metzner, Obmann der Hausärzte Bamberg, Dr. Georg Knoblach, 1. Vorsitzender des ÄKV Bamberg, Thomas Silberhorn, MdB (CSU), Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, MdB (CSU), Dr. Franz Pichler, 2. Vorsitzender des ÄKV Bamberg, Obmann der Fachgruppe Chirurgen (v. li.).

- Arbeitsbelastung und schlechte Bezahlung in den Krankenhäusern
- defizitäre Entlohnung im Praxisbereich
- ausufernde Bürokratie
- Flucht des ärztlichen Nachwuchses mit mittelfristig drohender Unterversorgung
- Bonus-Malus-Regelung mit der Konsequenz des sozial verträglichen Absterbens
- Zerschlagung der niedergelassenen Fachärzteschaft mit Folgen für die regionale Versorgung und die regionale Wirtschaft (Verlust an Investitionen, Verlust von Arbeitsplätzen)
- Angriff auf unser berufliches Selbstverständnis.

In der nachfolgenden intensiven Diskussion konnten die einzelnen Punkte verdeutlicht werden und den Abgeordneten die „Wut der Kollegen“ nahe gebracht werden. Abschließend wurden den Abgeordneten – die beide im Bundestag für die Bonus-Malus-Regelung gestimmt haben – die aktuellen Forderungen der Ärzteschaft auch schriftlich mit auf den Weg gegeben:

- Erhalt der bewährten, qualifizierten, wohnortnahen haus- und fachärztlichen Versorgung
- Erhalt der freien Arztwahl
- Sicherung der wirtschaftlichen Basis der Arztpraxen durch leistungsgerechte Honorierung in Euro und Cent
- Abbau unnötiger und übermäßiger Bürokratie

- Beseitigung der Bonus-Malus-Regelung
- Beendigung der Pauschalierungen und Budgetierungen
- Erhalt der Privaten Krankenversicherung als kapitalgedeckte Krankenversicherung

Trotz des teilweise auch sehr kontrovers geführten Meinungsaustausches zeigten sich die beiden Abgeordneten von der Veranstaltung angenehm überrascht. Sie seien beide keine ausgewiesenen Experten für die Gesundheitspolitik. Die Materie sei für Außenstehende – besonders im Bereich Vergütung – insgesamt recht schwer verständlich. Auf ihren Schreibtischen würden kilowise Pamphlete der unterschiedlichsten Interessengruppen des medizinischen Bereiches landen. Es sei schwer, diese sich teilweise auch widersprechende Informationsflut zu bewältigen oder gar zu verstehen.

Das Treffen mit den Bamberger Ärztevertretern habe ihnen anschaulich, kurz und prägnant die Probleme im Gesundheitswesen vor Augen geführt. Sie empfehlen daher, möglichst viele (am besten alle) Bundestagsabgeordnete der Koalitionsparteien in gleicher Form zu informieren.

Diese Anregung haben die Bamberger aufgenommen und mit einem Rundbrief alle ÄKV Bayerns zu ähnlichen Aktionen aufgerufen.

*Dr. Georg Knoblach,  
1. Vorsitzender des ÄKV Bamberg*